



Newsletter No. 137

November / Dezember 2023

Nachrichten und Meinungen

Halbzeitbilanz unserer Ratsfraktion

In der gut besuchten Mitgliederversammlung des Ortsvereins am 2.11. gab der Fraktionsvorsitzende Nick Freudenthal einen Überblick über die bisherige Arbeit der Fraktion und eröffnete die Diskussion zur Zukunft des Wohnungsbaus in Buxtehude.

Als Erstes stellte er heraus, dass sich die Fraktion deutlich verjüngt habe: 5 von den 11 Mitgliedern der Fraktion seien neu. Trotz des schlechten Abschneidens bei den Wahlen im September 2021 gebe es keine Fraktion, die stärker als die der SPD. Die Zusammenarbeit mit den Grünen habe sich deutlich verbessert, so dass es eher als in der vergangenen Periode möglich sei, Mehrheiten für unsere Vorhaben zu finden. An dieser Stelle lobte Nick die gute Zusammenarbeit der Fraktion und die Mitarbeit der Zugewählten, die auch Bürgertermine für die Fraktion wahrnehmen würden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit in den ersten zwei Jahren waren:

- Der Doppelhaushalt 2022/23: Der von der Bürgermeisterin vorgeschlagene Haushalt sah u.a. Steuererhöhungen vor und Schwerpunkte in den Bereichen Klimaschutz und Soziales. Dieser Haushalt wurde von der CDU nicht mitgetragen.
- Verabschiedung einer Strategieplanung "Buxtehude 2035". Durch gute Vorbereitung gelang es, eine Reihe sozialdemokratischer Ideen in die Planung einzubringen.
- Es gelang die Forderung festzuschreiben, dass Buxtehude 2035 klimaneutral sein müsse. In der Haushaltsklausur wurde beschlossen, einen Antrag für die Förderung von "Balkon-Photovoltaikanlagen" durch die Stadt zu stellen.
- Buxtehude soll eine kinderfreundliche Stadt werden.

Nick stellte auch dar, welche Themen noch offen seien. Dies sind u.a.:

- Die weitere Entwicklung von Altkloster. Die zu beobachtenden privaten Baumaßnahmen würden Altkloster verändern,

ohne dass wegen fehlender Bebauungspläne die Stadt Einfluss nehmen könne. Ein Antrag zur Entwicklung eines Stadtteilkonzeptes wurde bei der Haushaltsklausur beschlossen.

- Die Quartiersarbeit müsse entwickelt werden.
- Eine neue Schulplanung für Buxtehude, die die Zunahme der Schülerzahlen berücksichtigt.

Das Thema "Zukunft des Wohnungsbaus in Buxtehude" begann Nick mit der Feststellung, dass sämtliche im bisherigen Flächennutzungsplan (FNP) für Wohnungsbau ausgewiesene Flächen verbraucht seien. Zusätzliche Flächen in einem neuen FNP könnten nicht ausgewiesen werden.

- Die Moorflächen um Buxtehude dürfen nicht bebaut werden. Teilweise sind sie als Naturschutzgebiet ausgewiesen; aber auch nicht als Schutzgebiete ausgewiesene Moorflächen sollen nicht bebaut werden.
- Wegen der fehlenden Bodenvorratspolitik der Jahre 2000 - 2014 gibt es im Buxtehuder Süden nur wenige städtische Flächen, so dass ein neuer FNP nur dortige Grundbesitzer auf Kosten der Allgemeinheit bereichern würde. Zudem dürfen erhebliche Flächen nach Planung des Landkreises auch im Buxtehuder Süden nicht bebaut werden.

Nick gab zusätzlich zu bedenken, dass ein erhebliches Anwachsen der Einwohnerzahl auch Investitionen in die Infrastruktur (z.B. KiTas, Schulen) zur Folge hätte. Da Neubau von Wohnungen kaum noch möglich sei, müsse die Stadt ihren eigenen Wohnungsbestand in eine gemeinnützige Wohnungsgesellschaft einbringen. Zusätzlich solle die Stadt Wohnungen aufkaufen. Die Wohnungsgesellschaft solle die Wohnungen mietpreisgebunden an Menschen mit Wohnungsberechtigungsschein vermieten. Ein entsprechender Antrag wurde bei der Haushaltsklausur verabschiedet. (UL)

Bleibt der Klimaschutz auf der Strecke? Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

Aus Karlsruhe kamen katastrophale Nachrichten: Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil zur Stärkung der "Schuldenbremse" den Klima-Transformationsfonds als Bruch der Verfassung aufgelöst. Dies geschah auf Antrag der CDU/CSU, die noch über den gelungenen Schlag gegen die Regierung jubelt. Damit fehlen 60 Mrd. €, mit denen insbesondere die deutsche Wirtschaft auf dem Weg zur Klimafreundlichkeit unterstützt werden sollte.

Als Regierungsparteien hatten insbesondere CDU/CSU in den Jahren 2005 - 2021 mit immer neuen Ideen den Umbau der Energieversorgung von den fossilen zu den regenerativen Energien ausgebremst und Investitionen für den Klimaschutz unnötig erschwert. Das Beharren dieser Parteien auf der "Schwarzen Null" hatte den Investitionsbedarf für die Infrastruktur, z.B. für die Bahn, massiv ansteigen lassen. Diese verfehlte Politik hat zur Folge, dass heute große Geldsummen benötigt werden, um die in der Vergangenheit nicht getätigten Investitionen in die Energiewende und die Infrastruktur so schnell wie möglich nachzuholen.

Das Urteil des Verfassungsgerichtes hat diese benötigten Gelder erheblich gekürzt. Damit wird die Wirtschaft gezwungen sein, die Transformation von der fossilen zur regenerativen Energie allein zu bewältigen. Am Gelingen sind Zweifel

angebracht. Auch die Sanierung der Bahn für die notwendige Verkehrswende steht in den Sternen.

Bei CDU/CSU gibt es Stimmen, auch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds von 200 Mrd. € durch das Verfassungsgericht zu kippen. Damit wäre es nicht mehr möglich, Wirtschaft und Verbraucher vor einer übermäßigen Steigerung der Energiepreise zu schützen. Bürger und Bürgerinnen können dann Herrn Merz besonders für die steigenden Gas- und Strompreise danken. Die Wirtschaft wäre aber nachhaltig geschädigt.

Um die nötigen Gelder für den Klimatransformationsfonds zu gewinnen, müssen die Einnahmen deutlich erhöht werden: Es müssen sämtliche Subventionen von fossilen Energieträgern gestrichen werden: Dienstwagenprivileg, Subventionierung von Dieselmotoren (auch für die Landwirtschaft) oder des Kerosins gehören abgeschafft. Diese und weitere Maßnahmen kann man einer Liste entnehmen, die das Umweltbundesamt veröffentlicht hat. Weiterhin muss an die Einführung einer Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer gedacht werden. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursachte 2019 laut einer Analyse der Entwicklungsorganisation Oxfam so viele klimaschädliche Treibhausgase wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Die Reichsten müssen deshalb mehr zahlen für den Klimaschutz. (UL)

Termine

**14.12. 15.30 Uhr, Weihnachtsfeier der AG 60plus, Gasthaus "Zur Gilde", Gildeweg 1., Buxtehude
1.2. 2024, Ehrung der Jubilare mit Dörte Liebethuth, MdL und Generalsekretärin der SPD
Niedersachsen**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Diese entspricht nicht unbedingt derjenigen des Ortsvereins-Vorstandes. Beiträge (erwünscht) und Themenvorschläge bitte an: Dr. Uwe Lampe, Beim Kloster Dohren 13, 21614 Buxtehude, Tel.: 04161/80125, e- Mail: dr_uwe_lampe@yahoo.de

*Der Ortsvereinsvorstand wünscht ein
friedvolles und geruhames
Weihnachtsfest
und
alles Gute für das
NEUE JAHR*